

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/13

Bonn, den 19. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ohne Gespür</u> Bundespostminister und Senat Berlin	20
1	<u>Noch im Schwebезustand</u> Sorgen nach der Konferenz in Luxemburg	22
1a	<u>INDIRA GANDHI</u> Die neue Ministerpräsidentin von Indien	35
2	<u>Beklagenswerte Mängel</u> Die Berufsausbildung muß neu überdacht werden Von Karl Weishäupl, MdL, Bayern	49
3	<u>Zwischen Krenl und Elysée</u> Vor Erhard's Besuch bei General de Gaulle Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	39

+ + +

SELBSTBEWERTUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

"Große Opfer im Interesse der Wiedervereinigung"

Eine magere Bilanz

Priorität der Sozialpolitik

Ehrungen für Hans STEPHAN

Frankfurt am Main übernimmt Patenschaft

13. August als "Ehren- und Gedenktag"

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunschedtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Ohne Gespür

Bundespostminister und Senat Berlin

sp - Während sich in Berlin die Abgeordneten des Bundestages Gedanken darüber machen, wie die Deutschland-Politik über den toten Punkt gebracht werden kann, teilt das Bundespostministerium dem Berliner Senat lakonisch mit, es werde bei kommenden Passierscheinaktionen nicht mehr mitspielen; wenn der Senat nicht eine Million DM für bisherige Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Abwicklung der Passierscheinregelung zahle. Natürlich müssen Dienstleistungen jeglicher Art beglichen werden; auch Leistungen von Behörde zu Behörde. Sicher denkt der Berliner Senat genauso. Die Tatsache jedoch, daß man beim Bundespostministerium nicht zu begreifen scheint, was man sich mit der Veröffentlichung einer solchen Geldforderung anrichtet, spricht Bände. Angesichts eines Bundeshaushalts von rund 69 Milliarden DM (das sind 69 x 1000 Millionen DM!) bei der finanziellen Regelung der technisch-personellen Arbeiten für das langersehnte Treffen von hunderttausenden Deutschen nach Art eines Gerichtsvollziehers aufzutreten, ist geradezu grotesk. Bundespostminister Stücklen hat - wie schon mehrfach gezeigt - kein politisches Gespür. Er sollte seinen Hut nehmen und nach Hause gehen. Der Geist, der aus der Forderung seines Ministeriums an den Berliner Senat spricht, läßt befürchten, daß man dort ein nur sehr loses Verhältnis zur deutschen Wirklichkeit zu haben scheint.

+ + +

Noch in Schwebезustand

Sorgen nach der Konferenz in Luxemburg

sp - Das einzig positive Ergebnis der zweitägigen Beratungen der Außenminister der EWG-Staaten ist der Beschluß, Ende Januar wieder in Luxemburg zusammenzukommen - wieder ohne die Teilnahme der Europäischen Hoher Kommission, deren große Tage wohl der Vergangenheit angehören. Die weitgespannten in ultimativer Form gestellten französischen Forderungen lassen das Schlimmste für die Zukunft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befürchten. Sie stellen, gehen die übrigen fünf Mitgliedstaaten darauf ein, die Funktionsfähigkeit der EWG in Frage und nähmen den Römischen Verträgen jede Lebenskraft. Die nach den französischen Wahlen aufgetauchten Hoffnungen, da Gaule würde sich in Luxemburg kompromißbereiter erweisen und Verständnis für die Haltung der fünf EWG-Partner aufbringen, zerplatzen angesichts der Intransigenz der Französischen Delegation wie Seifenblasen. Dunkle Wolken ziehen über den europäischen Horizont herauf. Die Krise der EWG ist tiefer und weitreichender, als viele wahrnehmen wollen, sie berührt die Substanz der Römischen Verträge. Es war mehr als ein Pokerspiel, das in Luxemburg stattfand, grundverschiedene Auffassungen traten zu Tage und kein Weg der Überbrückung wurde zunächst sichtbar. Das Fehlen einer politischen Übereinstimmung, Grundlage zielbewußten Handelns, wirft die EWG in einen Zustand der Lähmung zurück, dessen Ende niemand voraussagen kann. Europa hat eine lange Durststrecke vor sich.

+ + +

I N D I R A G A N D H I

sp - Die Wahl der Tochter Nehrus, Indira Gandhi, zur Nachfolgerin des vor kurzem verstorbenen indischen Ministerpräsidenten. Shastri, ist ein beachtliches Politikum. Zum ersten Mal wird eine Frau Ministerpräsidentin eines der volkreichsten Länder der Erde. Es sind aber nicht nur die Namen Gandhi und Nehru, die der jetzt achtundvierzigjährigen Tochter des vor zwei Jahren verstorbenen indischen Ministerpräsidenten Nehru politisches Gewicht geben; auch ihre eigene politische Vergangenheit, ihr Wissen und ihr großes Ansehen sowohl in der Kongresspartei, als auch in der indischen Bevölkerung, geben Veranlassung zu der Hoffnung, daß es dieser Frau gelingen möge, die vielen und schmerzlichen Probleme ihres Landes der Lösung ein Stück näher zu führen.

Seit Jahren spielt Frau Gandhi in der indischen und internationalen Politik eine große Rolle. Vorübergehend war sie sogar Präsidentin der allmächtigen Kongresspartei. Hier wirkte sie stets ausgleichend. Oft wurde sie mit schwierigen diplomatischen Missionen im Ausland betraut. Stets erfüllte sie die ihr gestellten Aufgaben mit Zurückhaltung und Zielstrebigkeit. Zuletzt hatte sie in der Regierung Shastris die Funktion des Ministers für Information und Rundfunk.

In ihrem eigenen Lande gilt Frau Gandhi als traditionsbewußte Indierin von großer Kultur, deren Wesen eine glückliche Mischung von Selbstbewußtsein, Bescheidenheit und fortschrittlicher Denkungsart darstellt.

Den politischen Standort des neuen Ministerpräsidenten Indiens dürfte man wohl am besten als gemäßigt links bezeichnen. Frau Gandhi hat stets großes Interesse für das Genossenschaftswesen, die Modernisierung des Gesundheitswesens und die Überwindung von kastenbedingten Vorurteilen gezeigt. Enge Freundschaft verbindet Frau Gandhi mit den hervorragendsten Schriftstellern ihres Landes und in der ganzen Welt. Sie spricht mehrere Sprachen und selten - so wird von ihr berichtet - bedarf sie bei internationalen Zusammenkünften eines Dolmetschers.

In Indien selbst hofft man, daß durch die Wahl dieser hoch angesehenen Frau zur Ministerpräsidentin eine Periode der innenpolitischen Beruhigung eingeleitet werden kann. In diesem Sinne werden wohl dem neuen indischen Ministerpräsidenten die Glückwünsche aus aller Welt entgegengebracht werden.

Beklagenswerte Mängel

Die Berufsausbildung muß neu überdacht werden

Von Karl Weishäupl, MdL, Bayern

Aus dem Munde des Bundeskanzlers Professor Erhard war jüngst zu hören: "Ich erinnere nur an unser Berufsausbildungssystem, das als mustergültig bezeichnet werden kann." Auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Sabel, sprach davon, daß wir in der Bundesrepublik "die beste Berufsberatung aller westlichen Länder" hätten.

Nur zu gerne würde man dem zustimmen, wenn das so Gesagte eben nicht doch nur ein Wunschbild wäre. Daß es in der Bundesrepublik eine Berufsberatung gibt, die sich sehen lassen kann, wird niemand ernsthaft in Abrede stellen wollen. Aber man sollte nicht so tun, als ob es die beste wäre, denn sie weist leider beklagenswerte Mängel auf.

In einer Empfehlung der Kommission für soziale Angelegenheiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird z.B. gesagt, daß die Gesamtzahl der Personen, die die Möglichkeit haben, sich in Berufsfragen beraten zu lassen, bisher in den meisten Mitgliedstaaten noch gering ist. Die Empfehlung kommt zu der Schlussfolgerung, daß die Zahl der Beratungen wesentlich erhöht werden muß, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Personengruppen, vor allem der ländlichen Bevölkerung, dörfingewanderten Arbeitnehmer und ihrer Familien, sowie anderen Arbeitnehmergruppen, die, aus welchen Gründen auch immer, eine berufliche Umschulung oder die Möglichkeit einer beruflichen Fortbildung anstreben.

Es sei ferner an die beachtliche Zahl der Schreiner, Bäcker, Metzger, Schneider, Friseure erinnert - um nur einige traditionelle Berufe anzuführen -, die aus ländlichen Gegenden zur Verbesserung ihrer Erwerbsmöglichkeit in die industriellen Ballungszentren abwandern und dann dort als ungelernte Hilfskräfte arbeiten. Hier handelt es sich um ein echtes Problem, dem nicht nur für die Betroffenen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen eine große Bedeutung zukommt.

In einer Aussprache baden-württembergischer Industrieller wurde darauf hingewiesen, daß es heute leichter ist, einen Fach- oder Diplom-Ingenieur zu finden, als einen erfahrenen Werkzeugmacher, der z.B. den praktischen Entwicklungsarbeiten für die Produktion vorstehen kann.

Bei aller Anerkennung des bisher in der Bundesrepublik Geleisteten, mangelt es doch an einer wirklichen berufspolitischen Vorschau, die - das sei zugegeben - nicht ganz leicht zu erstellen sein wird. In Frankreich hat in dieser Hinsicht Professor Saavy viel geleistet. Auch sei in diesem Zusammenhang an die Analysen von Professor Galbrath, der zeitweise Wirtschaftsberater Kennedy's war, erinnert.

Bei sachlicher Würdigung wird man gewiß nicht in allen Punkten dem Aufsatz von Michael Jungblut "Opfer falscher Traditionen", der im Wirtschaftsteil des Organs "Die Zeit" am 10. Dezember 1965 erschienen ist, beipflichten können. Anstatt aber Schönfärberei zu betreiben, täten wir gut daran, redlich zu prüfen, ob und inwieweit in der Bundesrepublik Begabungen vergeudet werden. Tatsächlich mangelt es an einer Vorausschau auf die Berufe von morgen. Staat, Wirtschaft und die Gewerkschaften täten gut daran, diesem Problem ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Zwischen Krenl und Elysée

Vor Erhards Besuch bei General de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Bundeskanzler Erhard wird in Kürze Gelegenheit haben, bei seinem Routinegespräch mit General de Gaulle die politische Temperatur im Elysée-Palast zu messen - soweit man in Bonner Regierungskreisen überhaupt bereit ist, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Gerade in Bonn sollte man jedoch die wirkliche Entwicklung in West- und Osteuropa nicht übersehen.

De Gaulles außenpolitischer Kurs ist unverändert und wird in diesem Jahr, wie man leicht voraussehen konnte, in verstärktem Maße und beschleunigtem Tempo weiterverfolgt. Der neugewählte General-Präsident verliert dabei keine Zeit. Schon wenige Stunden nach Installierung der neuen Regierung Pompidou-Debré ließ er bekanntgeben, daß er sich noch in diesem Jahr nach Moskau begibt und somit die langjährige Einladung der Sowjetregierung akzeptiert. Daß diese Nachricht zuerst durch eine Bekanntgabe des Pariser Sowjetbotschafters Sorin nach einer längeren Aussprache im Elysée erfolgte, ist ein bemerkenswertes Detail.

Deutschland steht nämlich zweifelsfrei im Schnittpunkt des französisch-sowjetischen Gesprächs. Wird de Gaulle in Moskau - wie vorhergesehen - als Anwalt deutscher Wiedervereinigungsbestrebungen auftreten? Das ist nicht ausgeschlossen. Entscheidend sind vor allem die Formen und Bedingungen, in welchen derartige Wiedervereinigungspläne vorgebracht und diskutiert werden.

Die Linien der sowjetischen und der französischen Außenpolitik stimmen weitgehend überein. Es gibt aber einen Punkt, in dem sie bis jetzt auseinanderstreben: Deutschland. Moskau ist nach wie vor für die Beibehaltung des status quo, d.h. für die Zweiteilung Deutschlands und Europas. De Gaulle hingegen ist für die Überwindung dieses Zustandes, für die Wiedervereinigung Europas und somit auch Deutschlands, allerdings "in den gegenwärtigen Grenzen", d.h. mit Anerkennung der Oder-Weißelinie. Auf diesem Plan beruht das ganze gaullistische Konzept eines "Europa vom Atlantik zum Ural". Offensichtlich ist Moskau bereit über das gaullistische Konzept zu diskutieren und auf bestimmte Punkte einzugehen.

Werden auch Erhard und seine Minister am 7. und 8. Februar mit General de Gaulle über diese Lebensfragen sprechen? Oder wird man sich wieder auf Höflichkeitsformeln beschränken und mit einem Paket Mißverständnissen nach Bonn zurückfahren, wie das in den letzten Jahren schon mehrmals geschehen ist?